



NEWSLETTER

ASYL & MIGRATION

NOVEMBER/DEZEMBER 2023

Dieser Newsletter gibt euch einen Überblick über wichtige Themen und aktuelle Tätigkeiten von Amnesty Schweiz zum Thema Asyl und Migration. Ausführliche Informationen findet ihr auf unserer [Website](#). Bei Fragen oder Anregungen könnt ihr euch an Kishor Paul wenden (kpaul@amnesty.ch).

Podiumsdiskussion «Schutz vor genderspezifischer Gewalt an geflüchteten Frauen*» am 30. November 2023 in Bern



Im Rahmen der Kampagne «**16 Tage gegen Gewalt an Frauen**» organisiert Amnesty International zusammen mit der UNO-Flüchtlingsorganisation **UNHCR**, eine **Podiumsdiskussion** mit dem Titel «Schutz vor genderspezifischer Gewalt an geflüchteten Frauen* – Aktuelle politische Massnahmen und Herausforderungen».

Weltweit ist etwa **jede dritte Frau* genderspezifischer Gewalt ausgesetzt**. Für asylsuchende Frauen und weiblich gelesene Personen besteht oftmals ein erhöhtes Risiko, solche Gewalt zu erleben – sei es **im Heimatland, auf der Flucht oder im Aufnahmestaat**.

Die Podiumsdiskussion greift dieses **dringliche Thema** auf und richtet den Fokus speziell auf die Situation in den Schweizer Bundesasylzentren. Gemeinsam widmen wir uns mit den Podiumsteilnehmer*innen aus Politik, Anwaltschaft, dem Gesundheitswesen, der Zivilgesellschaft und dem Staatssekretariat für Migration der Frage, wie Frauen und weibliche gelesene Personen **vor genderspezifischer Gewalt geschützt werden**.

*weiblich gelesene Personen oder Personen, die sich als Frauen verstehen

Donnerstag, 30. November, 18:00 bis 19:30 Uhr,
Kongresszentrum Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern, Saal Hodler im 1. UG,
Übersetzung von Deutsch auf Französisch
[Mehr Infos und Anmeldung hier.](#)

Netzwerktreffen: Save the Date, am 20.01.2024 in Biel

Diesen Januar findet das nächste Netzwerktreffen zum Thema Asyl und Migration statt. Bitte merkt euch bereits den Samstag, 20. Januar 2024 vor! Weitere Infos folgen.

Menschenrechte im Parlament

«Die Menschenrechte müssen zum Mittelpunkt des politischen Handelns werden!» Diesen Appell richtete Amnesty Schweiz an die zukünftigen Parlamentarier*innen, welche bei den eidgenössischen Wahlen am 22. Oktober 2023 gewählt wurden. Die dazu herausgegebene Broschüre skizziert die wichtigsten menschenrechtlichen Herausforderungen und spricht klare Empfehlungen für die nächste Legislaturperiode aus. Dies beinhaltet unter anderem Empfehlungen in den Bereichen Asyl und Migration, Schutz vor Diskriminierung, sowie dem Recht auf Protest.

Hier findest du [mehr Infos](#) und die herausgegebene [Broschüre](#)!

Spiegel einer gescheiterten Politik

Im September erreichten innerhalb weniger Tage mehr als 6000 Menschen, mehrheitlich aus Ländern südlich der Sahara, die italienische Insel Lampedusa. Nach ihrer Ankunft werden Sie mit der unzureichenden Unterstützung des italienischen Staates konfrontiert. Auf die Erstversorgung müssen viele mehrere Stunden warten, bevor sie anschliessend in das einzige Aufnahmезentrum der Insel gebracht werden. Dieses hat seine Sättigungsgrenze weit überschritten. Bei einer ursprünglich geplanten Kapazität von 400 Menschen, halten sich dort mittlerweile mehr als 6000 auf.

Während der italienische Staat unzureichende Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung geflüchteter Menschen bereitstellt, werden NGOs, die beispielsweise zivile Seenotrettung betreiben, weiter kriminalisiert und an ihrer Arbeit gehindert. Ein weiterer Aspekt der Migrationspolitik des italienischen Staates sowie der Europäischen Union, ist die Zusammenarbeit mit Staaten wie Libyen, Tunesien oder auch Albanien. Diesen werden unter anderem Finanzmittel bereitgestellt, um Migrant*innen abzufangen und an Orte zurückzuschicken, an denen sie systematisch Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Gewalt und Vergewaltigungen erleiden.

Hier findest du [mehr Infos](#), sowie einen Artikel zu den [neuesten Entwicklungen](#) der Migrationspolitik Italiens!

Gesichtserkennung

Einer smartvote-Umfrage vor den diesjährigen eidgenössischen Wahlen zufolge, sind rund 80 Prozent der für die Wahlen kandidierenden Personen für ein Verbot der automatischen Gesichtserkennung im öffentlichen Raum. Die Mehrheit in allen Parteien, ausser der SVP, lehnt diese Form der Massenüberwachung ab.

Eine der Hauptproblematiken solcher biometrischen Erkennungssysteme sind die dafür benötigten Datenbanken, welche dazu dienen, um die erhobenen Daten abzugleichen und Menschen zu identifizieren. Bereits das Vorhandensein solcher Infrastruktur im öffentlich zugänglichen Raum kann Menschen davon abhalten, sich frei zu bewegen und etwa an einer Demonstration teilzunehmen – und damit zentrale Grundrechte, wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit unverhältnismässig beschneiden. Darüber hinaus können biometrische Erkennungssysteme bestehende Diskriminierungen verstärken sowie zu neuen Diskriminierungen führen. So hat sich gezeigt, dass sie beispielsweise Menschen dunkler Hautfarbe oder Frauen weniger gut erkennen.

Hier findest du [mehr Infos](#)!